

versen darüber, in welcher Währung diese Wölzen einzulösen seien. Es liegt in der Natur der Sache begründet, daß unter den jetzigen Umständen es noch nicht möglich ist, diese Frage endgültig aufzutragen, da dafür nicht bloß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, sondern auch der Tschechoslowakei zu anderen Staaten in Frage kommen. Deßwegen der deutschen Regierung ging daher dahin, zunächst mit gewisse Verstärkungen bis zum endgültigen Auftag der Angelegenheit eine Einstellung des Währungsprozesses zu erreichen. Bei den in Dresden geführten Verhandlungen ist es gelungen, die Frage einer vorläufigen Lösung entgegenzuführen, die den Interessen beider Parteien Rechnung trägt und geeignet ist, als Übergangsmögnahme einen praktischen Erfolg zu erzielen. Außerdem wurden bei dieser Gelegenheit einzelne Ubmachungen über den Bezug böhmischen Hopfens, von Gerste und Mais, das früher bereits abgeschlossen worden waren und inzwischen abgelaufen sind, erneuert und den zurzeit bestehenden Verhältnissen angepaßt. Das Gleiche gilt hinsichtlich gewisser Vereinbarungen über den Ausgleich von Textilwaren, zu denen noch ergänzend eine Vereinbarung über den Stickelebetelungsverkehr hinzugekommen ist. Dieser Veredelungsverkehr, der fast ein Jahrhundert bereits an der sächsisch-böhmischem Grenze besteht, ist dadurch im wesentlichen in seinem Fortbestand gesichert.

Besserung der deutschen Zuckerwirtschaft.

Die mögliche Sorge der deutschen Buderwirtschaft im vergangenen Jahr läßt sich für das neue Buderwirtschaftsjahr nicht zu wiederholen. Insbesondere werben die Ausgaben für Auslandsgüter, die in erheblichem Maße auf den Preis des deutschen Buders eingewirkt haben, nicht mehr nötig sein. Der Umbau von Buderanlagen in Deutschland hat sich so weit verbessert, daß wir wieder in der Lage sind, den Buderbedarf der Bevölkerung aus eigener Kraft zu beden. Der Verein der deutschen Buderindustrie hat durch eine Umfrage bei den Buderfabriken festgestellt, daß sich die Buderernte gegenüber dem Vorjahr um etwa 80 Prozent erhöht hat und daß trotz des geringen Buderangehalts der diesjährigen Rüben eine erhebliche Steigerung der Buderproduktion zu erwarten ist. Nach den amtlichen Ausschreibungen sind im abgelaufenen Buderwirtschaftsjahr 18 797 748 Toppelzentner Verbrauchsgüter in Deutschland auf den Markt gekommen. Davon waren 1 175 484 Toppelzentner Buder ausländischen Ursprungs. Der Verein der deutschen Buderindustrien gibt die zu erwartende Ausbeute an Verbrauchsgüter aus der diesjährigen Rübenernte auf 14 020 110 Toppelzentner an. Diese Budermenge ist sowohl nach dem leichtjährigen Buderverbrauch in Deutschland wie nach dem Verbrauch in der Kriegszeit im höchsten Maße für den deutschen Inlandsbedarf ausreichend. Von einer Sorge also — von der Sorge um den nötigen Buder für den Haushalt — wird das deutsche Volk im laufenden Buderwirtschaftsjahr freie sein.

Von allgemein wirtschaftlichem Interesse für Deutschland ist, daß wir nunmehr zum erstenmal seit Kriegsbeginn wieder in die Lage versetzt sind, deutschen Güter ins Ausland verkaufen zu können, ohne den inländischen Güterbedarf zu schädigen, und daß wir auf dieser Weise andere wichtige Auslandsgüter für unser Volk zu erwerben vermögen.

Öffentliche Stadtverordnetenstung.

Die diesjährige 17. Stadtvorordnetenversammlung wurde gestern Freitag nachmittag 1/2 Uhr unter Leitung des Stadtvorordnetenvorsteihers Greb abgehalten. Sie war von 25 Mitgliedern des Stadtvorordnetenkollegiums und von sechs Ratsmitgliedern besucht. Hauptfachlich waren, wie das jetzt zur Gewohnheit geworden ist, Erhöhungen zu beschließen, die ausnahmslos bei ihrer Notwendigkeit ohne Aussprache bewilligt wurden. Im Haushaltjahre 1921/22 sind bei der Stadtkasse gegenüber dem Haushaltplane bei den einzelnen Ansätzen infolge von Preistreibungen Mehrausgaben in Höhe von 4 891 000 Mark entstanden, die zu bewilligen sind. Das Stadtvorordnetenkollegium beschloß, die Bewilligung auszuführen. Bis die abgeschlossene Rechnung vorliegen wird. Dabei ist zu bemerken, daß es sich nicht etwa um Fehlbeträge in der genannten Höhe handelt, sondern daß den Mehrausgaben auch Mehreinnahmen an Steuern gegenüberstehen, sodaß ein Fehlbetrag wohl kaum entstehen wird. Die Firma Raufhaus Schoden in Ue hat dem Fürsorgeamt den Betrag von 150 000 Mark zur Unterstützung bedürftiger hiesiger Stadt zur Verfügung gestellt mit der Bedingung, daß auch die Stadtgemeinde denselben Betrag für genannten Zweck auswirkt. Zugrunde wird beschlossen, dem Fürsorgeamt weiter den Betrag von 150 000 Mark für genannten Zweck zu überweisen. Die Spende der Firma Raufhaus

gewollt zu überreichen. Die Spende der Firma Haufhaus Schoden wird unter Wissdruck des Dankes angenommen. Bei dieser Gelegenheit beantragt Std. Denfert zu beschließen, daß die den Sozial- und Kleinrentnern bewilligten Gas- und Kohlenbeihilfen monatlich auf 60 bezw. 100 Mark erhöht werden. Der Antrag wurde dem Fürsorgeausschuß als Material überwiesen. Erst nach Stellungnahme des Fürsorgeausschusses zu diesem Antrage wird das Rittertum die leichte Entfernung treffen.

Unterlag wird das Kollegium die letzte Entscheidung treffen. Die nötige Reparatur einer Feuerstange erfordert einen Betrag von 88 165 Mark, der bewilligt wird. Für zweite Strahlrohre werden die Kosten in Höhe von rund 19 000 Mark zu bewilligen beschlossen. Die Beschaffung einer Perlantinowand für das Schulkino erfordert den Betrag von 72 000 Mark, der bewilligt wird. Bei Verwendung dieser neuen Erfindung wird nicht nur die Anschaffung eines Umformers, sondern auch wesentlich an Strom gespart, jedoch die verhältnismäßig hohen Kosten sich in kürzer Zeit ausgeglichen haben werden. Wegen Mangel an Mitteln ist der Bau der Talstraße nach Riebeschlema jetzt eingestellt worden. Im Interesse des Verkehrs liegt es aber, daß wenigstens das in der Stadtflur Ilse gelegene Stück von der Uerndtstraße bis zur Burggrenze möglichst bald fertiggestellt wird. Das soll geschehen, wenn die Stadtgemeinde Ilse die schon bewilligte Beihilfe von 115 000 Mark auf 250 000 Mark erhöht. Die städtischen Abverwaltungen erkannten die Notwendigkeit dieser Bauausführung an und bewilligten noch den geforderten Betrag. Der Einsatzesatz der Sparzelle wird auf 4 Prozent, der Hypothekengenossenschaft auf 7 Prozent mit einem kleinen Zuschlag von 1 Prozent auf 7,5 Prozent erhöht.

zu 7 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab festgesetzt. So wurden erhöht die Städtegelber bei den Fleisch- und Wurstmärkten, der Preis für die Witze der Elektrizitätszähler, die Einfuhrstornierungsteuer für Tanzmusik und Waschendösle auf 5 bezw. 20 Mark, die gesamten, jetzt geltenden Schlach- und Viehhofgebühren um 100 Prozent, das Handels-, Gewerbe- und Höppelschulgeld entsprechend den darüber ergangenen Befehlschriften des Wirtschaftsministeriums, die Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der städtischen Rörberghäfen und Wuschüsse für den Besuch der Bütungen nach dem Verhältnis der jetzigen Zeuerung, die Ver-

igen Klassehafe zu Seinem verdeckten Geschäftskomme-
nien. Da vorsichtige Weisheit den Gesetzen und Gewohn-
heiten des Hauses entsprach, so ließ er die Abreisezeit auf
einigen Tagen hinausziehen, um seine Absicht nicht zu
erdringen. — Gleichzeitig schickte er eine Botschaft an den
Gouverneur von Kopenhagen, welche die Abreisezeit
des Prinzen bestätigte.

Don Stadt und Land.

Ms. 11. November 1921
Die sächsischen Leuerungszahlen für den Oktober. Die vom statistischen Landesamt allmonatlich festgestellten Leuerungszahlen sind im Oktober 1922 ganz erheblich gestiegen. Für die teuerungsstatistischen Gildienst beteiligten Gemeinden (Bautzen, Dresden, Chemnitz, Borsig, Marienberg, Meuselbach, Görlitz und Grimma) betrug die durchschnittliche Leuerungszahl im Oktober 17 801 Mark gegenüber 10 985 Mark im September, was bedeutet eine Erhöhung von mehr als 64 % (67,5 Prozent) gegenüber nicht ganz 14 % (64,4 Prozent) vom August zum September. Wird die Vorriegsleuerungszahl, die 1915/16 Durchschnitt 90,78 betrug, gleich 100 gesetzt, so ergibt sich auf dieser Grundlage für September eine Einbezugszahl der Lebensmittelkosten von 11 416 Mark, im Oktober eine solche von 120. Die Preise der durch die Leuerungsstatistik erfassten Lebensbedürfnisse sind demnach bis Oktober auf mehr als 191 % gestiegen. Die Indexziffer für die Erhöhung hat sich noch stärker erhöht, sie überstieg das 200-fache der Vorriegspreise.

Eine Bugvieh-Steuer. Das Sachsen-Anhaltische Wirtschaftsministerium hat dem Landeskulturrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Bugvieh-Steuer vor sieht. Die Steuer soll zur Instandhaltung der öffentlichen Wege dienen. Der Landeskulturrat hat sich an die Regierung gewendet und vorgeschlagen, die Steuer zu erheben und den landwirtschaftlichen Gespannen eine Entlastung gegenüber den Gespannen gewerblicher Betriebe zu gewähren, da die landwirtschaftlichen Gespanne die öffentlichen Wege weniger in Anspruch nehmen.

Kartoffelpreis in Sachsen. Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 8. November einen Erzeugerpreis von 600-850 Mark für weiße, rote und geißfleischige Sorten, wie am 9. Oktober notiert.

Das Kaufhaus Schoden spendete der Stadt Uer den Betrag von 150 000 Mark zur Unterstützung Bedürftiger in Gutscheinen je 500 Mark für den Fall, daß aus städtischen Mitteln der gleiche Betrag zur Hilfe für Notleidende bereit gestellt wird. Die städtischen Kollegien haben daraufhin den Betrag bewilligt und das Hilfswerk kann nun durchgeführt werden. Dem Kaufhaus Schoden gebührt Dank, dessen es bei den Empfängern Unterstützung sicher sein lässt.

Der erste Vortragsabend im technischen Verein Begeg. hat
n. 8. November im Bürgergarten stattgefunden. Hierbei bot
der lehrer für außer einen tief durchdrückten Vortrag über: „Das
aylor System“. Er führte dabei etwa folgendes aus: „In
unsrer schweren wirtschaftlichen Lage müssen wir auf irgend
e Weise versuchen, mit gegen früher verringertem Kraftauf-
wand eine Leistung zu erzielen, die nicht nur das Ettledensatz
erreicht, sondern noch bedeutend höher sein muß. Wie kann
es geschehen? Der Amerikaner Frederick Taylor gibt uns
seinem System der wissenschaftlichen Betriebsführung wert-
volle Hingeriege zur Lösung dieses Problems. Seine Grund-
sätze regeln unser Verhältnis zur Arbeitsleistung und Arbeits-
folg. Sie stellen sich in zusammengefaßter Form wie folgt:
1. Umgestaltung der Arbeitsgeräte und Hilfsmittel bis
zur höchsten Produktivität und dadurch entstehende Entlastung
des Arbeiters von jedem überflüssigen Handgriff. 2. Belegung
des Arbeitsprozesses in seine Grundelemente. 3. Beobachtungen.
Geistige und körperliche Eignung des Arbeiters für die ihm
gewiesene Tätigkeit. — Gelingt es uns, das amerikanische
System für unsere deutschen Verhältnisse nutzbar zu machen,
dann auch alle Teilnehmer des Produktionsprozesses mit gegebe-
ner Produktivität alle ihre Fähigkeiten, ihre geistigen und körper-
lichen Kräfte an die Erfüllung der gestellten Arbeitsaufgabe an-
zudenken, dann wird die Produktionssteigerung in nie geahntem
Ausmaße anwachsen. Erhöhter Konsum bedeutet aber nicht
nur erhöhte Glücksmöglichkeiten, sondern auch eine Aufwärts-
entwicklung der Kultur.“ Der Vortragende fand für seine inter-
essanten Ausführungen in reichem Weißfall wohlverdiente Un-
tennung.

Auktorientliche Gastwirtversammlung. Unter zahlreicher Beteiligung aus Schönheide, Eibenstock, Lößnitz, Schwarzenberg, Annaberg, Schlema, Kleinstädtel, Borsigwalde und Aue am Mittwoch, den 8. d. M. nachm. 14 Uhr im Saal des Sees Carolus eine Gastwirtversammlung statt. Richard Wagner, Leipzig, Redakteur des Rentenblattes für das Gastwirtschaftsgewerbe hielt einen Vortrag über „Das Gastwirtschaftsgewerbe in Gefahr und die neuen Gesetzesentwürfe“. In fast stündiger Rebe beleuchtete der Vortragende die großen Gefahren des Gewerbes und brachte zugleich an Hand von Untersuchungen neue Steuerbelastungen zu Gehör. Nach Schluss des Vortrages fand freie Aussprache statt. Eine Zellersammlung erachtete für die „Ultekrententasse des Sächs. Gastwirtverbands“ den Betrag von 2800 Mark. Zum Schluss wurde nachdringende Entschließung einstimmig angenommen: Die am 8. November in Aue, Erzgeb., stattfindende zahlreiche besuchte Gastwirtversammlung aus der ganzen Umgegend nimmt davon Kenntnis, daß Städte und Gemeinden abermals planen, dem Gastwirtschaftsgewerbe eine Unzahl steuerliche Belastungen aufzubürden und daß durch den Entwurf eines Schankstätten-Gesetzes, als bedeutende Beschränkungen in der Führung der Gaststättenbetriebe enthalten sind, die es ganz unmöglich machen, daß das Gastwirtschaftsgewerbe unter den Belastungen und Beschränkungen weiter existieren kann. Das Gastwirtschaftsgewerbe ist schon längst an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist ganz geschlossen, daß es noch weitere Belastungen und Beschränkungen gefallen lassen kann. Die Versammelten erheben daher dringlichen Protest und fordern ihre Organisationsvertreter auf, mit keinem Mittel zurückzutreden, um diese neuen Gesetzesentwürfe zu Fall zu bringen. — Und sich darüber klar, daß man den eindringlichen Forderungen der Gastwirt-Organisationen nicht stattgegeben wird, bis Totale an einem Tage im ganzen Deutschen Reich geschlossen werden müssen. In diesem Falle haben die Sparten-Organisationen den Tag und die Dauer der Abstimmung zu bestimmen. Die Gastwirtvereine Aue

Umgegend.
Wusgleichszulage für Arzteschädigte nach dem Heil- und Pflegegegesetz. Die Kriegsbeschädigten erhalten bis auf die Wusgleichszulage, wenn sie vor dem Eintritt in den Militärdienst oder als Ungehörige der Wehrmacht einen Beruf ausgeübt haben bei erheblichen Kenntnissen und Fertigkeiten, die er höchste Wusgleichszulage, wenn der Beruf erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten und ein besonderes Maß von Leistung und Verantwortung erfordert. Die Wusgleichszulage — einfache oder erhöhte — wird auch gewährt, wenn nur die Behandlung den Beschädigten hindert, einen Beruf auszuüben, dann zuerst nach seinem Geschäftsfeld.